

Wattrennen auf Basis des Ehrenamts in die Zukunft führen

Traditioneller „Aufgalopp“ mit Grünkohlessen

CUXHAVEN. Das „Pferderennen auf dem Meeresgrund“ zählt neben dem Dobrock-Reitturnier und den Elmloher Reiterfesten zu den drei größten Pferdesportveranstaltungen im Cuxland. Die Region besitzt damit ein Alleinstellungsmerkmal, das es so kein zweites Mal gibt. Umso bedeutender die Tatsache, dass alle drei Großveranstaltungen auf ehrenamtlichem Engagement und der Unterstützung durch Sponsoren beruhen.

In Zeiten, da viele große Reitturniere ums finanzielle Überleben bangen oder bereits aufgegeben werden mussten, ist der Hinweis auf die breite Basis von Traditionsveranstaltungen wie dem



Duhner Wattrennen zugleich ein strategisches Bekenntnis für deren Zukunft. Mit diesen Überlegungen eröffnete Wattrenn-Präsident Henry Böhack (86, kl. Foto), seit 40 Jahren in Amt und Würden, vor zahlreichen Gästen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Pferdesport den alljährlichen „Aufgalopp“ zum diesjährigen Wattrennen mit einem Grünkohlessen im Strandhotel Duhnen. Böhack äußerte die Hoffnung, dass die Politik das Verbot von Wetten auf Reitpferdrennen machen in Duhnen etwa 30 Prozent des Wettumsatzes aus.

Watt soll sauber bleiben

Auch die weiteren Redner an diesem Abend, darunter Landrat Kai-Uwe Bielefeld und Marineflieger-Kommandeur Hans-Jörg Detlefsen, ließen keinen Zweifel daran, dass der Fortbestand seit 1902 auf dem Wattenmeer vor vielen tausend Zuschauern ausgetragenen Turf-Spektakels gesichert werden müsse. Cuxhavens Oberbürgermeister Dr. Ulrich Getsch bekräftigte, dass am Rennen in seiner bisherigen Organisationsform festgehalten werden

solle, auch wenn es ein Kraftakt sei, neue Sponsoren hinzuzugewinnen. Immerhin hat es geklappt, einen neuen Startwagen zu beschaffen. Getsch kritisierte mögliche weitere Verklappungen von belastetem Hamburger Hafenschlick in der Nordsee. „Das können wir nicht zulassen. Unser Watt darf nicht zur Müllkippe verkommen. Wir wollen unser sauberes Watt behalten.“

Infrastruktur erhalten

Die fast fertiggestellte Kurpromenade in Duhnen bezeichnete der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesverkehrsminister, Enak Ferlemann (kl. Foto), als „Schmuckstück“, das für das Wattrennen äußerst wertvoll sei. Das Gleiche gelte für das Haus der Kurverwaltung, dessen beabsichtigter Verkauf im vorigen Jahr gestoppt wurde. Auch der Wattrenn-Verein hatte sich vehement gegen den Verkauf des Grundstücks gestemmt. Nun soll das Haus unter Erhalt der vorhandenen Infrastruktur in Eigenregie weiterentwickelt werden, so Ferlemann. Der CDU-Bundespolitiker freute sich, dass der Meeressport das Wattrennen in diesem Jahr zum ersten Mal auf seinen Geburtstag, den 12. Juli, gelegt hat und versprach, ein Rennen mit einem Preis auszustatten.

Dr. Martin Lübbecke, Vorsitzender des Unterelbeschen Renn-, Reit- und Fahrvereins, wies darauf hin, dass sich der Reitsport den Anforderungen anpassen müsse. „Stillstand ist Rückschritt“, so Lübbecke. Dies gelte auch für die schwieriger werdende Werbung um den reiterlichen Nachwuchs, aber auch für die Existenz kleiner ländlicher Reitturniere. Um deren Bestand zu sichern und den Sport zu ermöglichen, sei es unter anderem erforderlich, angemessene Nennungsgebühren zu erheben. (ur)



Steuerverschwendung? Der Bund der Steuerzahler fragt im Bundesverkehrsministerium nach, warum das alte Ausweichgleis am Nordholzer Bahnhof im Jahre 2005 abgerissen und neun Jahre später für 3,6 Millionen Euro neu installiert wurde. Foto: Leuschner

Steuerzahlerbund wird stutzig

Neues Ausweichgleis: Verband hakt nach / Ministerium liefert „schlüssige Begründung“

VON HEIKE LEUSCHNER

NORDHOLZ. Das neue Nordholzer Ausweichgleis ist ins Visier des Bundes der Steuerzahler geraten. Der Verband war stutzig geworden, weil das alte Überholgleis 2005 abgebaut und 2014 für einen Millionenbetrag neu installiert worden ist. Das Bundesverkehrsministerium habe die Entscheidungen nachvollziehbar erläutert, heißt es nun von Verbandsseite. Die Gefahr, im Schwarzbuch der Steuerzahler zu landen, ist dennoch nicht vom Tisch.

Insgesamt 16 Millionen Euro hatten Bund, EU, die Deutsche Bahn und die Gemeinde Nordholz im vergangenen Jahr in die Bahn-Infrastruktur im Cuxland investiert. Das 1000 Meter lange Kreuzungsgleis am Nordholzer Bahnhof, auf dem seit Mitte September bis zu 750 Meter lange Güterzüge einfahren können, macht dabei inklusive zweier nun besser gesicherter Bahnübergänge rund 3,6 Millionen Euro aus.

Bernhard Zentgraf und Gerhard Lippert vom Bund der Steuerzahler für Niedersachsen und Bremen in Hannover haben beim

Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Enak Ferlemann (CDU), nachgehakt, warum das einst 530 Meter lange Gleis innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums zunächst für 360 000 Euro abgebaut und neun Jahre später, doppelt so lang, wieder installiert wurde.

Das Ministerium rechtfertigt den Abbau im Jahre 2005 als „volkswirtschaftlich geboten und daher gerechtfertigt“. Das Gleis „hatte seine Regelmutzungsdauer fast erreicht und hätte einen hohen Instandhaltungsaufwand (40 000 Euro pro Jahr) und teilweise Erneuerungen (300 000 Euro) erfordert“.

Bis in die 1990er Jahre war das Überholgleis hauptsächlich von Panzertransportzügen des Bundeswehrstandortes Altenwalde genutzt worden. Doch der Standort wurde 2003 geschlossen. „Damit“, so das Ministerium, „entfiel die Notwendigkeit des Gleisanschlusses.“

Inzwischen hat sich der Zugverkehr auf der Strecke Bremerhaven-Cuxhaven geändert. Personenzüge verkehren hier im

Studentakt. „Damit war die Strecke tagsüber vollständig ausgelastet“, heißt es in Ferlemanns Schreiben an den Bund der Steuerzahler. Güterverkehr sei nur nachts zwischen 1 und 4 Uhr und damit sehr eingeschränkt möglich gewesen. Das Begegnungsgleis in Dorum für den Güterverkehr mit zu nutzen, schied aus Kapazitätsgründen und wegen der geringen Länge aus.

Trassen für Autoexport

Ein weiteres Problem: Bis zur Inbetriebnahme des neuen Überholbahnhofs Nordholz mussten Güterzüge zum Teil auf die Strecke Hamburg-Cuxhaven ausweichen. „Dies hatte zur Folge, dass Eisenbahnverkehrsunternehmen große Umwege mit hohem Zusatzaufwand an Zeit, Energie und Kosten in Kauf nehmen mussten“, argumentiert das Ministerium. Das neue Gleis sei auch deshalb installiert worden, weil die Nachfrage nach Güterzugtrassen für den Autoexport in Richtung Cuxhaven gestiegen sei.

Wie Bahnsprecher Egbert Meyer-Lovis auf Anfrage versichert,

passieren seit Eröffnung des Nordholzer Kreuzungsgleises vermehrt Güterzüge die Strecke Bremerhaven-Cuxhaven. Über konkrete Zahlen könne die Bahn jedoch frühestens zum nächsten Fahrplanwechsel, das heißt Ende 2015, Auskunft geben.

Der Bund der Steuerzahler hält die Erklärungen des Verkehrsministeriums für schlüssig und sieht aktuell keinen Anlass, das Nordholzer Kreuzungsgleis in seinem Schwarzbuch zu kritisieren. Doch die Hannoveraner wollen weiter am Gleis bleiben, kündigt Gerhard Lippert an. „Wir werden beobachten, ob die Strecke langfristig tatsächlich ausgelastet wird.“

Bund der Steuerzahler

Der Bund der Steuerzahler Deutschland e.V. verfolgt das Ziel, Steuern und Abgaben zu senken sowie die Bürokratie, Steuerverschwendung und Staatsverschuldung zu verringern. Im **Schwarzbuch** erfasst der Verband Jahr für Jahr über 100 Beispiele öffentlicher Steuergeldverschwendung. www.steuerzahler.de

Wingster Drogenprozess: Mit einem Bein im Gefängnis...

Am Ende kam auch der Hauptangeklagte noch mit einer Bewährungsstrafe davon

VON EGBERT SCHRÖDER

WINGST/STADE. Knapp sieben Monate nach der Razzia im ehemaligen Wingster Bordell „Villa Romantika“ hat das Landgericht Stade gestern die Urteile gegen die drei wegen Drogenhandels angeklagten Männer verkündet. Der Haupttäter stand bereits mit einem Bein im Gefängnis – doch am Ende entschied sich das Gericht dann doch noch für eine zweijährige Haftstrafe, die für drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurde. Bewährungsstrafen (sechs und 18 Monate) gab es ebenfalls für seine beiden Mitangeklagten.

Ende Juni vergangenen Jahres flog der Drogenhandel in dem Bordell auf. Bei einer nächtlichen Razzia in dem Sexklub an der B 73 wurde nach Drogen gesucht. Am nächsten Tag rückte erneut ein Großaufgebot der Polizei an. Zusätzlich wurden Spürhunde eingesetzt, um mögliche Kokain- und Geldverstecke auf dem Außengelände zu entdecken.

Am Ende der Polizeiaktion wurden mehrere Tausend Euro

sowie rund 75 Gramm Kokain sichergestellt.

Den 52-jährigen Bordellbetreiber – einen Mazedonier – nahm die Polizei ebenso fest wie seinen 28-jährigen Sohn und einen 27 Jahre alten Bulgaren, der als Hausmeister in dem Bordell beschäftigt war und während der Abwesenheit seines Chefs Kokain portionsweise an Stammkunden verkaufte. Bis Mitte Dezember befanden sich die drei Verdächtigen in Untersuchungshaft.

„Glaubhaftes Geständnis“

War ursprünglich davon die Rede, dass der Bordellbetreiber wahrscheinlich mehr als ein Kilogramm Kokain seit 2013 erworben und weiterverkauft hätte, so konnte die Staatsanwaltschaft diese Vorwürfe im Verlauf des Verfahrens nicht erhärten. Der Hauptangeklagte hatte lediglich in einem Geständnis zugegeben, in vier Fällen einzelne Kokain-Pakete erworben zu haben. Dabei habe es sich um insgesamt 350 Gramm gehandelt.



Ende Juni 2014: Zwei Tage lang suchten Polizeibeamte auf dem Außengelände des ehemaligen Wingster Bordells sowie im Gebäude nach Drogen. Sie wurden fündig. Foto: Schröder

Richter Rolf Armbrrecht verdeutlichte bei der Verkündung des Urteils, dass dieses „glaubhafte Geständnis“, die mehrmonatige Untersuchungshaft und auch die aktuelle Lebenssituation des 52-jährigen – er erhielt in diesem Monat einen Arbeitsvertrag als Fahrer bei einer Firma im Kreis Stade – dazu beigetragen hätten, die Strafe doch noch zur Bewährung auszusetzen. Bei der Strafbemessung habe es einen Spielraum gegeben: Das Gericht hätte auch eine Haftstrafe von mehr als zwei Jahren verhängen können. Dann wäre eine Bewährung allerdings ausgeschlossen gewesen.

Seinem Sohn konnte ebenfalls nachgewiesen werden, dass er – in geringerem Umfang – 2013 und 2014 Kokain an eine Stammkundin verkauft habe. Zudem wurde er wegen Beihilfe zum „Handeltreiben mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge“ verurteilt. Von einer Gewerbsmäßigkeit sei bei ihm jedoch nicht auszugehen. Es habe sich beim Kokainverkauf nicht um eine „lukrative Einnahmequelle“ gehandelt.

Über den Status eines Handlungers kam der 27-jährige Bulgare, der im Bordell verschiedene Hilfstätigkeiten erledigt hatte, nicht hinaus. Er sei der deutschen Sprache nicht mächtig und sich der Tragweite seiner Handlung möglicherweise gar nicht bewusst gewesen. Daher belief es das Gericht bei einer sechsmonatigen Bewährungsstrafe wegen Beihilfe – etwa so lange hatte er auch bereits in U-Haft gesessen.

Landkreis: „Wir schieben keine Jugendlichen allein ab“

Reaktion auf „zweifelhafte“ Online-Petition für 16-jährigen Hemmoorer

VON EGBERT SCHRÖDER

HEMMOOR. Die Kreisverwaltung lässt sich die Vorwürfe von Angela Heinessen – der Initiatorin der Online-Petition, in der von einer angeblichen Abschiebung eines 16-jährigen aus Hemmoor die Rede ist – nicht gefallen. „Es kann nicht akzeptiert und hingenommen werden, dass Frau Heinessen mit ihrem offensichtlichen Halbwissen bewusst Unwahrheiten zu internen Ausländerangelegenheiten verbreitet“, so der Leiter des Kreis-Ordnungsamtes, Burkhard Wettwer gegenüber unserer Zeitung.

Die Juristin hatte auf einer Internetseite erneut eine sogenannte „Online-Petition“ gestartet, in deren Mittelpunkt diesmal der 16 Jahre alte Othmane steht. Er ist der Bruder der kleinen Duha Aline, deren Fall Heinessen im Mai vergangenen Jahres medienwirksam dargestellt hatte. Nach ihren Angaben hatte die Behörde die Abschiebung des Säuglings in einem Schreiben angedroht.

Heinessens Darstellung hatte Landrat Kai-Uwe Bielefeld damals zurückgewiesen und als „völlig absurd und abwegig“ beschrieben. Gleichzeitig kritisierte er die „verbale Exzesse“, die es gegen die Mitarbeiter der Ausländerbehörde im Internet gegeben habe. So war in anonymen Beiträgen in Internetforen von einer „grausamen und inhumanen“ Vorgehensweise die Rede. Derartige Abschiebeandrohungen – so hieß es – seien eine „Schande für jedes demokratische Land“.

Bei der aktuellen Online-Petition dreht sich alles um Duha Ali-

nes „mittellosen minderjährigen Bruder“, der aus Spanien „auf eigene Faust“ zu seiner Mutter nach Hemmoor gereist sei. Kurz vor Weihnachten sei dem 16-jährigen – so Heinessen – von den Behörden dann das Aufenthaltsrecht verweigert worden: „Er müsse ausreisen, obwohl völlig ungewiss wäre, wo er unterkommen könnte und wie sein Lebensunterhalt gesichert wäre. Wieder verstößt der Landrat damit in der Adventszeit gegen geltende europäische Menschenrechte“, kritisiert die Initiatorin der Online-Petition, die bislang von knapp 6000 Menschen unterzeichnet worden ist.

Auf Nachfrage unserer Zeitung hatte die Kreisverwaltung mit Blick auf den Datenschutz zunächst nur einen kurzen Kommentar abgegeben:



Keine Abschiebung des mittellosen minderjährigen Bruders von Duha Aline

Auf der Internetseite form www.change.org ist eine Online-Petition für Othmane (16) gestartet worden. Das dort abgebildete Foto zeigt ihn mit seiner Schwester Duha Aline. Foto: Schröder

ben und von „zahlreichen Dingen in dem komplexen Verfahren“ gesprochen, die noch geklärt werden müssten.

Dann legte Ordnungsamtsleiter Burkhard Wettwer aber nach und kritisierte in scharfer Form die Darstellung der Juristin: „Eine Abschiebung der Familie oder eines der Kinder steht nicht unmittelbar bevor. Der Landkreis Cuxhaven hat weder in der Vergangenheit noch jetzt Kinder oder unbegleitete Jugendliche allein abgeschoben. Das werden wir auch in Zukunft nicht machen.“ Und er fügt hinzu: „Wir haben entgegen der Behauptung von Frau Heinessen in der Advents- bzw. Weihnachtszeit keinen ‚Abschiebeprozess‘ begonnen. Erst vor drei Tagen wurde der Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis vom Landkreis versagt, was nicht bedeutet, dass jetzt eine Abschiebung kurzfristig bevorsteht.“ Bis zum Abschluss dieses Verfahrens seien noch zahlreiche offene Fragen zu klären: „Auch die Betroffenen beziehungsweise deren Rechtsvertretung haben Mitwirkungspflichten, die bisher kaum erfüllt wurden“, machte Wettwer deutlich.

„Hilft uns nicht weiter“

Zudem kritisiert der Amtsleiter die Art und Weise, wie die Initiatorin in der Öffentlichkeit vorgehe: „Mit ihrer zweifelhaften Online-Petition wiegelt sie Menschen gegen unsere Ausländerbehörde auf. Die von Frau Heinessen auch schon in der Vergangenheit praktizierten dubiosen Petitionen sind bedauerlich und helfen uns allen nicht weiter.“